



Protokollauszug  
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 25.04.2012, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

**TOP 1**

**Bestätigung der Wahlen für die  
Abteilungskommandanten und stellvertretenden  
Abteilungskommandanten der Feuerwehr  
Ludwigsburg**

**Vorl.Nr. 116/12**

---

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Wahl der Abteilungskommandanten und stellvertretenden Abteilungskommandanten zu und beauftragt die Verwaltung mit der Bestellung der gewählten Feuerwehrangehörigen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)  
Stadtrat Haag (krank)  
Stadtrat Kopp (krank)  
Stadtrat Seybold (unentschuldigt)  
Stadtrat Noz (befangen)  
Stadträtin Schittenhelm  
Stadtrat Lutz  
Stadtrat Bergold  
Stadtrat Dr. Schwytz

Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec stellt die Vorl. Nr. 116/12 zur Abstimmung.

Anschließend gratuliert er den neu gewählten oder beförderten Abteilungskommandanten und stellvertretenden Abteilungskommandanten der Ludwigsburger Feuerwehr und überreicht ihnen ihre Urkunden. Zum Abschluss verabschiedet er die ausscheidenden Mitglieder der Feuerwehr und bedankt er sich für ihren Einsatz.

**TOP 2**

**Auswirkungen des Fachkräftemangels in  
Kindertageseinrichtungen - Maßnahmen zur  
Gewinnung von pädagogischen Fachkräften**

**Vorl.Nr. 111/12**

---

**Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.1.

**TOP 2.1**

**Auswirkungen des Fachkräftemangels in  
Kindertageseinrichtungen  
- Maßnahmen zur Gewinnung von pädagogischen  
Fachkräften  
- abweichender Beschluss zur Vorlage Nr. 111/12**

**Vorl.Nr. 174/12**

---

**Beschluss:**

- 1.) Der neuen Eingruppierungskonzeption für die Einrichtung von ständigen Stellvertretenden Leitungen und der Höhergruppierung der Zweitkräfte wird zugestimmt. Die Kosten liegen für 2012 bei insgesamt 207.344 €. Die Einrichtung der Stellen für Stellvertretende Leitungen soll zum 01.09.2012 mit Kosten in Höhe von 16.689 € für das Jahr 2012 erfolgen. Die Höhergruppierung der Zweitkräfte soll zum 01.05.2012 mit Kosten in Höhe von 190.655 € für das Jahr 2012 erfolgen.
- 2.) Die Einrichtung von 14 Ausbildungsplätzen zur Praxisintegrierten Ausbildung für ErzieherInnen ab September 2012 mit Mehrkosten von 55.533 € für das Jahr 2012 wird zugestimmt.
- 3.) Die Verwaltung wird ermächtigt im Rahmen der derzeit laufenden KiTaVO-Verhandlungen mit den Trägern des Kindergartenvertrags analog der Beschlüsse 1 und 2 vorzugehen.
- 4.) Da es sich bei der Höhergruppierung der Zweitkraftstellen und den stellvertretenden Einrichtungsleitungen um eine strukturelle Änderung handelt, werden die hiervon betroffenen Mitarbeiter auch nach der Höhergruppierung in ihrer bereits erworbenen Stufe weitergeführt. Für das Haushaltsjahr 2012 entstehen hierdurch Kosten in Höhe von ca. 37.000 €.

## **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)  
Stadtrat Haag (krank)  
Stadtrat Kopp (krank)  
Stadtrat Seybold (unentschuldigt)  
Stadtrat Siegmund

Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0

## **Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist OBM **Spec** auf die ausführlichen Vorberatungen im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 18.04.2012 sowie im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 24.04.2012.

Der abweichende Beschluss des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 18.04.2012 liegt dem Gremium als Tischvorlage vor.

Auf Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtet.

Stadträtin **Kopf** bedauert namens der CDU-Fraktion, dass sich die Diskussion in den Vorberatungen zu sehr auf die Frage der Anrechnung von Auszubildenden auf den Fachkräfteschlüssel konzentriert habe. Die Würdigung der neuen Eingruppierungskonzeption, die nicht nur der Stadt Ludwigsburg bei der Gewinnung von Fachkräften, sondern ganz konkret auch den Beschäftigten zu Gute kommen werde, sei dabei bedauerlicher Weise in den Hintergrund gerückt. Was die Anrechnung der Auszubildenden anbelange, so plädiere sie dafür, das Anlaufen der neu eingerichteten praxisintegrierten Ausbildung abzuwarten. Nach einer ersten Evaluation könne immer noch entschieden werden, ob man in Ludwigsburg mit der Anrechnung mit 0,1 bzw. 0,2 Stellenanteilen auf dem richtigen Wege befinde oder ob nachgesteuert werden müsse. Insgesamt könne ihre Fraktion allen vier Ziffern des abweichenden Beschlusses des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales zustimmen.

Dem abweichenden Beschluss ebenfalls in allen Punkten zustimmen will Stadtrat Dr. **Bohn** namens der SPD-Fraktion. Es sei unstrittig, dass man zur Bewältigung der Herausforderungen im Bildungs- und Betreuungsbereich qualifiziertes Personal benötige. Die jetzige Vergütung sei offensichtlich nicht marktgerecht, so dass man im Rahmen der Möglichkeiten reagieren müsse. Weiter lobt Stadtrat Dr. Bohn das neu eingeführte duale Ausbildungssystem und verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass dieses zur Gewinnung weiterer Fachkräfte beitragen werde.

Auch Stadtrat **Kirnbauer** verweist auf die Mechanismen am Arbeitsmarkt für Erzieherinnen. Die steigende Nachfrage im Betreuungsbereich regle den Marktpreis. Wenn die Stadt Ludwigsburg durch eine höhere Eingruppierung ihre Chancen auf die Gewinnung von qualifiziertem Personal erhöhe, finde dies auch die Zustimmung der FW-Fraktion. Hinsichtlich der dualen Ausbildung und des Zeitpunkt für eine Entscheidung über die Anrechnung von Auszubildenden auf den Fachkräfteschlüssel schließt er sich seinen beiden Vorrednern an.

Stadtrat Dr. **Vierling** sieht den Angebotsmangel auf dem Arbeitsmarkt als Indiz dafür, dass die Entlohnung der Erzieherinnen zu niedrig sei. Er hoffe, dem könne durch unterschiedlichste Maßnahmen, zu denen auch die in der Vorl. Nr. 111/12 dargestellten gehörten, entgegengewirkt

werden. Grundsätzlich kritikwürdig sei aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Missverhältnis in der Entlohnung unterschiedlicher pädagogischer Arbeit. Es sei nicht nachzuvollziehen, dass Tätigkeiten im Rahmen der Erwachsenenbildung deutlich besser bezahlt würden als solche im Bereich der Frühkindlichen Bildung. Was die Anrechnung der Auszubildenden anbelangt, schließt sich Stadtrat Dr. Vierling dem Verwaltungsvorschlag an.

Stadtrat Dr. **Heer** heißt die Reaktion der Stadtverwaltung auf die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt für Erzieherinnen grundsätzlich gut. Alleiniger Kritikpunkt der FDP-Fraktion an der Vorl. Nrn. 111/12 und 174/12 sei, dass die Verwaltung entgegen den Empfehlungen von Kultusministerium und Städtetag Auszubildende mit 0,4 Stellenanteilen anrechne, sondern mit deutlich geringeren Sätzen. Dies führe in der Konsequenz zur Aufrechterhaltung des Fachkräfteschlüssels zu einem höheren Bedarf an ausgebildeten Betreuungskräften und damit zu einer wesentlichen finanziellen Mehrbelastung für die Stadt. Dies sei aus seiner Sicht leichtfertig und konterkariere die Haushaltskonsolidierungsbestrebungen.

Stadträtin **Burkhardt** stimmt auch namens Stadtrat Hillenbrands der besseren Bezahlung der Erzieherinnen ebenso wie der Einrichtung von Ausbildungsplätzen für das Duale System der Ausbildung von Erzieherinnen und den zusätzlichen Kosten zu. Es sei schon lange eine Forderung beider Stadträte, die beste Bezahlung im Ausbildungsbereich Grundschullehrern/-lehrerinnen und Erzieherinnen zukommen zu lassen, da diese eine sehr hohe Verantwortung tragen. Sie erinnert daran, dass sich bei Einführung des Orientierungsplans in Baden-Württemberg alle Politiker einig darüber gewesen seien, dass die verstärkte Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften eine der wesentlichen Rahmenbedingungen für den Erfolg des Plans sei, der den Erzieherinnen viele neue und zeitintensive Aufgaben zuordnete. Daher kündige sie heute im Zusammenhang mit dem Beschluss über finanzielle Fragen eine Anfrage zur pädagogischen Umsetzung des Orientierungsplanes an.

Stadträtin **Lange** unterstützt die Verwaltungsvorlage. Die höhere Eingruppierung von Erzieherinnen und Erziehern dürfe jedoch nicht als alleine ausreichend betrachtet werden. Vielmehr sei sie lediglich ein Mosaikstein innerhalb des Konzepts zur Begegnung des Fachkräftemangels. Ein verstärktes Engagement sei auch bei den Themen Quereinstieg in den Beruf, berufsbegleitende Weiterqualifizierung und Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse im Betreuungsbereich gefragt.

EBM **Seigfried** gibt zu bedenken, dass die praxisintegrierte Ausbildung neu eingeführt worden sei und die Betreuungseinrichtungen vor neue Herausforderungen stelle. Die Auszubildenden seien lediglich an zwei Wochentagen in der Kindertagesstätte, was 0,4 Vollzeitstellen entspräche. Dies allerdings mit 0,4 Stellenanteilen einer ausgebildeten Fachkraft gleichzusetzen, sei nicht vermittelbar. So dürften beispielsweise Auszubildende im ersten Jahr gar nicht alleine mit den Kindern arbeiten. Das Kultusministerium habe demzufolge in seinem Eckpunktepapier auch lediglich die Möglichkeit einer Anrechnung bis zu einem Faktor von 0,4 eröffnet und gehe davon aus, dass dieser Korridor vor Ort verantwortlich ausgefüllt werde. Unter finanziellen Aspekten könne er die Kritik von Stadtrat Dr. Heer nachvollziehen. Unter pädagogischen Aspekten jedoch schließe er sich der Meinung von Stadträtin Kopf vollumfänglich an.

Im Anschluss an die Aussprache lässt OBM **Spec** über die abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 18.04.2012, Vorl. Nr. 174/12, abstimmen.

**Beschluss:**

1. Der Bericht der Ludwigsburger Schlossfestspiele wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushaltsplan 2012 angesetzte städtische Zuschuss in Höhe von 800.000 € wird zur Auszahlung freigegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)  
Stadtrat Haag (krank)  
Stadtrat Kopp (krank)  
Stadtrat Seybold (unentschuldigt)  
Stadtrat Siegmund

Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache.

OBM Spec lässt über die Vorl. Nr. 138/12 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

Gemäß den §§ 40 und 104 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg wird entsprechend dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.03.2012 die **Besetzung des Aufsichtsrats der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH** wie folgt geändert:

**GRÜNE**  
(2)

Fr. Klett-Heuchert  
Fr. Habertzeth-Grau

Fr. Schüßler  
Dr. Vierling

Die weitere Besetzung des Aufsichtsrats bleibt unverändert.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)  
Stadtrat Haag (krank)  
Stadtrat Kopp (krank)  
Stadtrat Seybold (unentschuldigt)

Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0

### **Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec lässt über die Vorl. Nr. 100/12 abstimmen.

## **TOP 5**

### **Übertragung von Haushaltsresten in das Haushaltsjahr 2012**

**Vorl.Nr. 110/12**

---

### **Beschluss:**

Die in den der Vorl. Nr. 110/12 beiliegenden Verzeichnissen aufgeführten Beträge werden als Haushaltsreste in das Haushaltsjahr 2012 übernommen:

#### **Anlage 1 (zur Vorl. Nr. 110/12)**

Haushaltsreste des Verwaltungshaushalts 2011	2.788.700 EUR
--	---------------

#### **Anlage 2 (zur Vorl. Nr. 110/12)**

Haushaltsausgabereste des Vermögenshaushalts 2011	6.599.400 EUR
Haushaltseinnahmereste des Vermögenshaushalts 2011	0 EUR

Gesamthaushaltsreste 2011	9.388.100 EUR
---------------------------	---------------

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (privat verhindert)

Stadtrat Haag (krank)  
Stadtrat Kopp (krank)  
Stadtrat Seybold (unentschuldigt)

Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0

### **Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtet. Auch auf Aussprache verzichtet das Gremium mit überwiegender Mehrheit.

Stadtrat Dr. **Vierling** erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme der Verwaltungsvorlage und der Übertragung von Haushaltsresten zu. Er wolle jedoch die Entwicklung des Haushalts 2011 zum Anlass nehmen, die haushaltspolitische Strategie nochmals zu überdenken. Heute stehe man im Ergebnis rund 100 Mio. € besser da, als noch vor 13 Monaten. Die rhetorische Bemühung des „generationengerechten Haushalts“ sei angesichts dessen teilweise überzogen und verhindere, dass man sinnvolle Gestaltungsmöglichkeiten auch wahrnehme. Seine Fraktion habe weiterhin die Solidität des Haushalts zum Ziel, wolle die verbesserte finanzielle Lage aber gerne nutzen, um zusätzliche, wichtige Projekte beispielsweise in den Bereichen Bildung und Betreuung beschleunigt anzugehen. Im Rahmen des Nachtragshaushalts 2012 solle erwogen werden, zusätzliche prioritäre Maßnahmen anzugehen.

OBM **Spec** verweist darauf, dass 2012 auf einen Nachtrag zum Haushalt möglichst verzichtet werden solle. Auch verfolge er weiterhin die Ziele eines generationengerechten Haushalts sowie einer weitestgehenden Haushaltskonsolidierung. Aus diesen Gründen wolle er die verbesserte finanzielle Lage nutzen, die Verschuldung weiter abzubauen und konjunkturbedingte Überschüsse darüber hinaus der Rücklage zuzuführen. Höhere Einnahmen gleich wieder auszugeben, sei wenig nachhaltig. Hinzu komme, dass die Stadtverwaltung mit den laufenden und bereits geplanten Projekten bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit – und teilweise darüber hinaus – ausgelastet sei. Zusätzliche Mittel für weitere Projekte könnten kaum verarbeitet werden. Er plädiere daher dafür, den eingeschlagenen Kurs unverändert fortzusetzen. Im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen werde er empfehlen, alle Anstrengungen zu unternehmen, die Restschulden des Haushalts in den nächsten zwei bis drei Jahren auf null zurückzuführen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) führt ergänzend aus, die übertragenen Haushaltsreste dienten wie auch schon in den Vorjahren zum Abschluss laufender Maßnahmen und seien nicht für die Realisierung neuer Projekte vorgesehen. Er sagt weiter zu, noch vor der Sommerpause einen Finanzzwischenbericht zum Haushaltsjahr 2012 und eine Übersicht über die von der Verwaltung für das Jahr 2013 geplanten Schwerpunkte vorzulegen.

Stadtrat **Weiss** schließt sich der Haltung von OBM Spec an. Allerdings sei es nicht zu vermitteln, dass angesichts der deutlichen Verbesserung des städtischen Haushalts und insbesondere der Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer deren Erhöhung im Raum stehe.

Anschließend stellt OBM **Spec** die Vorl. Nr. 110/12 zur Abstimmung.